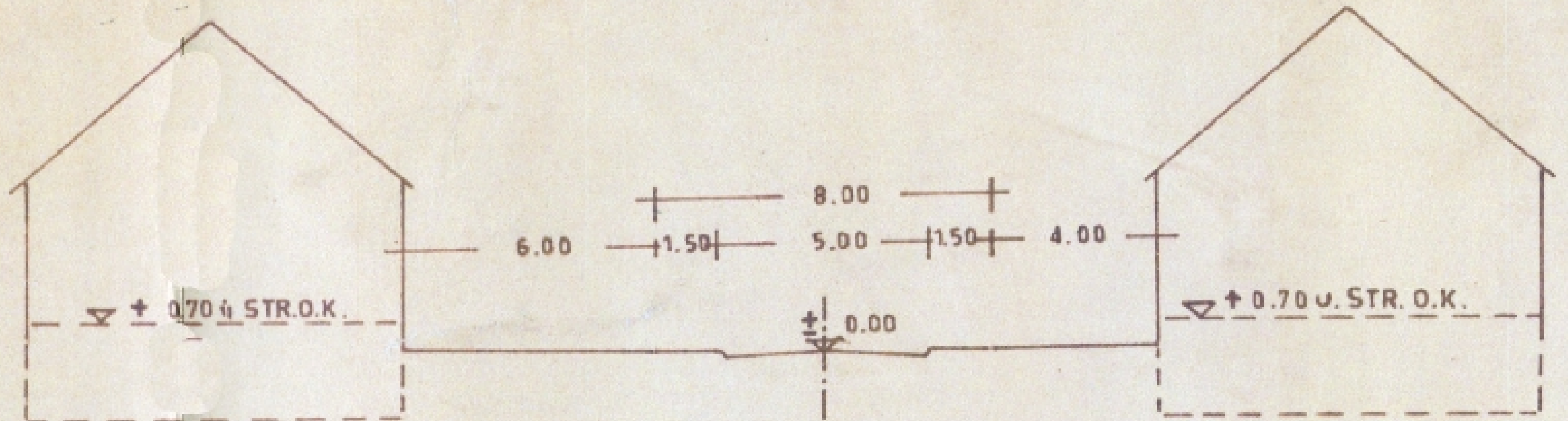


REGELPROFIL A M.1:200

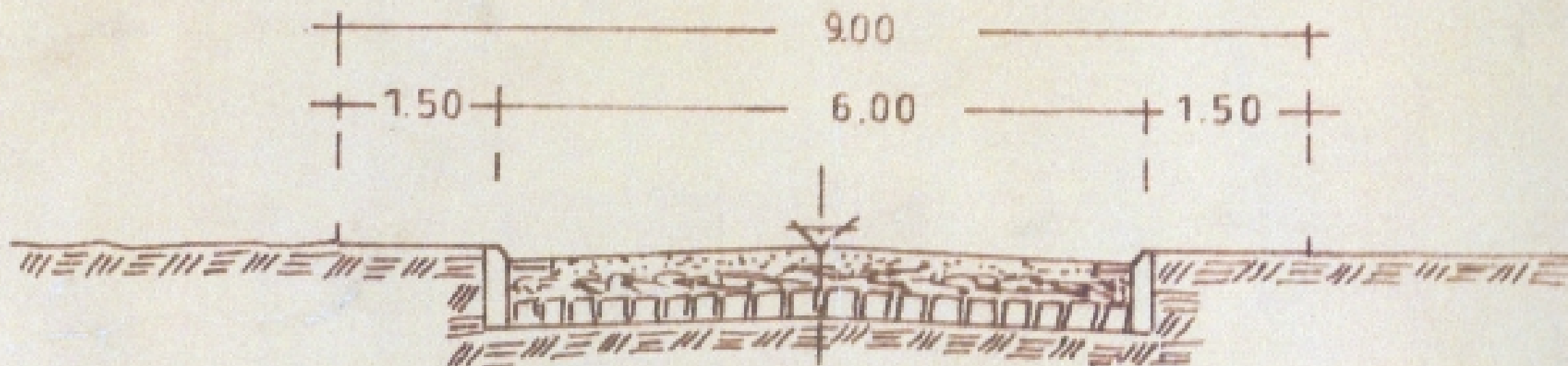


Maurer
Elisabeth

Herr Wilhelm Ehem. v. Ernd
geb. Gember

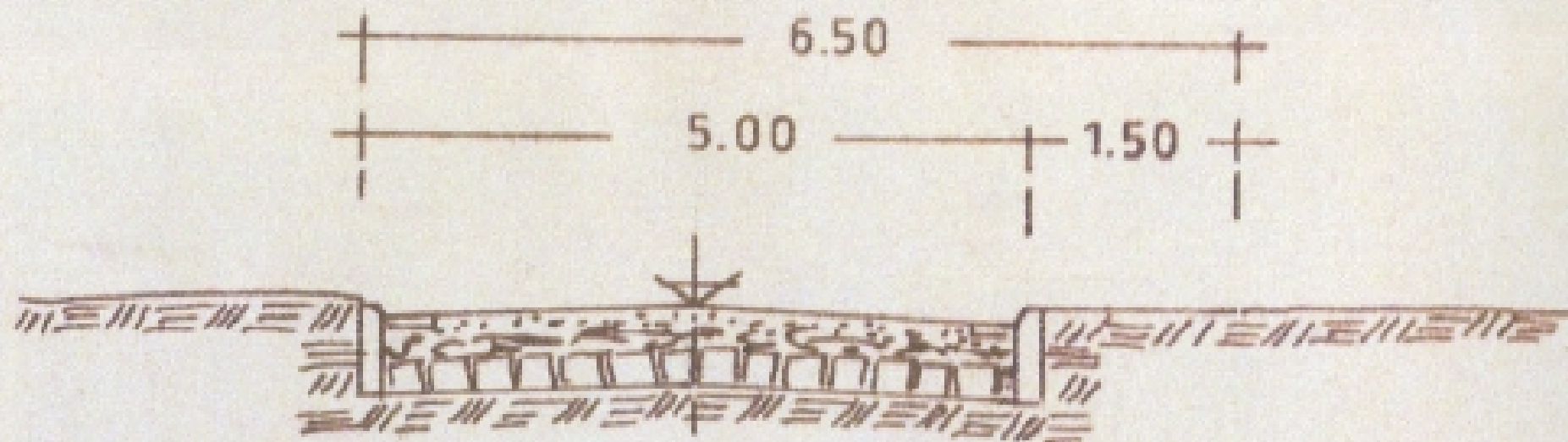
UNTERE LEHMKAUL

M. 1:100

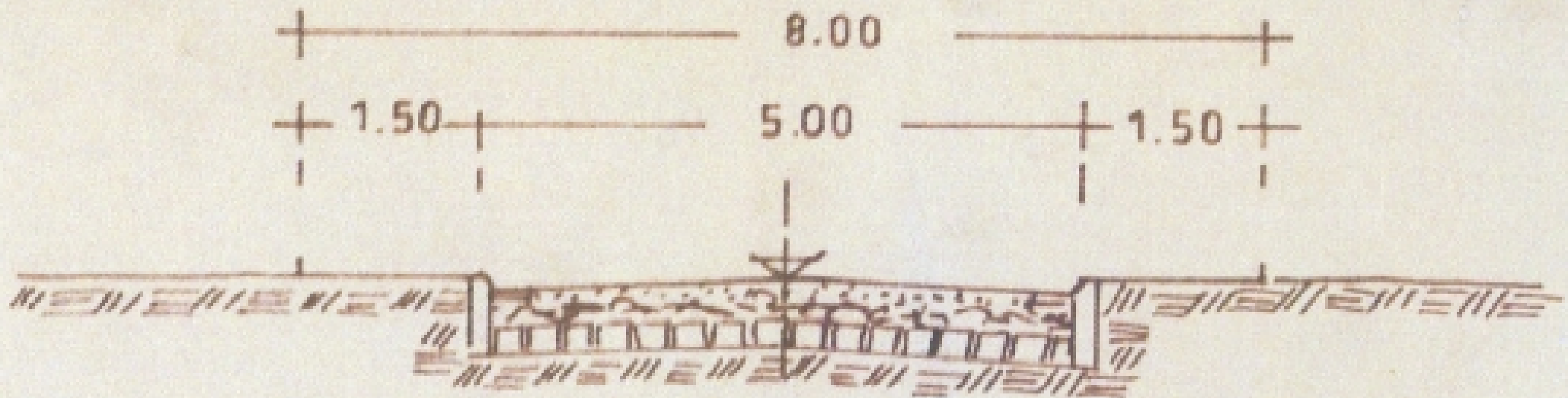


STRASSENPROFIL C

M. 1:100



STRASSENPROFIL A u. D
M. 1:100



Bebauungsplan (Satzung)

"UNTERSTE LEHMKAUL"

der Gemeinde

SCHAFFHAUSEN

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 10 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 20. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) wurde § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom **11. Mai 1962** beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der Gemeinde **Schaffhausen** durch den Landrat - Kreisbauamt - Planungsstelle

Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 und 5 des

Bundesbaugesetzes

- | | |
|--|------------------------------|
| 1. Geltungsbereich | Siehe Zeichnung |
| 2. Art der baulichen Nutzung | |
| 2.1 Baugebiet | Allgemeines Wohngebiet |
| 2.1.1. zulässige Anlagen | s. § 4 (2) Bau NVO |
| 2.1.2. ausnahmsweise zulässige Anlagen | s. § 4 (3) Bau NVO |
| 2.2 Baugebiet | Entfällt |
| 2.2.1 zulässige Anlagen | Entfällt |
| 2.2.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen | Entfällt |
| 3. Mass der baulichen Nutzung | |
| 3.1 Zahl der Vollgeschosse | Siehe Zeichnung |
| 3.2 Grundflächenzahl | 0,4 |
| 3.3 Geschossflächenzahl | 0,4 bzw. 0,5 bei 2-Geschosse |
| 3.4 Baumassenzahl | Entfällt |
| 3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen | Entfällt |
| 4. Bauweise | Offene |
| 5. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen | Siehe Zeichnung |
| 6. Stellung der baulichen Anlagen | Siehe Zeichnung |
| 7. Mindestgrösse der Baugrundstücke | 464 m ² |
| 8. Höhenlage der baulichen Anlagen (Mass von OK Strassenkante Mitte Haus bis OK Erdgeschossfussboden) | Siehe Zeichnung |
| 9. Flächen für überdachte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken | Siehe Zeichnung |
| 10. Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken | Entfällt |
| 11. Baugrundstücke für den Gemeinbedarf | Entfällt |
| 12. Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen | Gesamter Geltungsbereich |
| 13. Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen, die privatwirtschaftlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs, bestimmt ist. | Entfällt |
| 14. Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung | Entfällt |
| 15. Verkehrsflächen | Siehe Zeichnung |
| 16. Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluss der Grundstücke an die Verkehrsflächen | Siehe besondere Zeichnung |
| 17. Versorgungsflächen | Siehe Zeichnung |
| 18. Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und -leitungen | Siehe Zeichnung |
| 19. Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen | Entfällt |
| 20. Grünflächen, wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zelt- und Badeplätze, Friedhöfe | Siehe Zeichnung |
| 21. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen | Entfällt |
| 22. Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft | Entfällt |
| 23. Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschliessungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen | Siehe Zeichnung |
| 24. Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen | Entfällt |
| 25. Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit oder Gesundheit erforderlich sind | Entfällt |
| 26. Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder erheblich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltenden Schutzflächen und ihre Nutzung | Entfällt |
| 27. Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern | Entfällt |
| 28. Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern | Entfällt |

DIE BAUPOLIZEIVERORDNUNG „UNTERSTE LEHMKAUL“
VOM 2. APRIL 1954, VERÖFFENTLICHT IM AMTSBLATT
DES SAARLANDES NR. 102 VOM 19. OKTOBER 1954,
SEITE 1214, WIRD SOWEIT SIE FESTSETZUNGEN DER
IN § 9 BBAU 6. BEZEICHNETEN ART ENTHÄLT, AUFGEHOBEN.

Siehe besondere Anlage

- Flächen, die wegen Bodenbeschaffenheit Entfällt
- Flächen, die wegen Bodenbeschaffenheit Entfällt
- Flächen, die wegen Bodenbeschaffenheit Entfällt
- Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind Entfällt

Nochrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäss § 3 Abs. 4 BBauG

Planzeichen-Erklärung

- Gelber Bereich — Geltungsbereich
- Gestrichelte Linie — Bestehende Gebäude
- Gestrichelte Linie — Geplante Gebäude
- Gestrichelte Linie — Bestehende Strassen
- Gestrichelte Linie — Geplante Strassen
- Gestrichelte Linie — Bestehende Grundstücksgrenzen
- Gestrichelte Linie — Baulinie
- Gestrichelte Linie — Baugrenze
- Gestrichelte Linie — Entwässerungsrichtung
- 0 — Offene..... Bauweise
- 1 u 2 — Geschosshöhe
- Gestrichelte Linie — Wasserleitung
- G — Garagen
- Gestrichelte Linie — Vorgärten.....
- Gestrichelte Linie — Bordstein.....
- Gestrichelte Linie — Neue Grundstücksgrenzen
- Gestrichelte Linie — Schutzbereich der ISE Leitung
- WA — Allgemeines Wohngebiet
- Gestrichelte Linie — Öffentliche Grünfläche

Der Bebauungsplan hat gemäss § 2 Abs. 6 BBauG ausgelegt vom 5. 4. 1963 bis 5. 5. 1963. Der Bebauungsplan wurde gemäss § 10 BBauG als Satzung vom Gemeinderat am 29. 5. 1963 beschlossen.



Schaffhausen, den 30. 5. 1963
Der Bürgermeister
H. J. J. J.

Der Bebauungsplan wird gemäss § 11 BBauG genehmigt.

Saarbrücken, den 10. 9. 1963
Der Minister für Öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau
Im Auftrag 1135/63

Die öffentliche Auslegung gemäss § 12 BBauG wurde am 3. Okt. 1963 ortsüblich bekanntgemacht.

Schaffhausen, den 4. Okt. 1963

Der Bürgermeister
H. J. J. J.

ratsamt, Eisenbahnstraße 45-47, Zimmer 14, während der Dienststunden oder bei der Gemeindeverwaltung in Einöd geltend zu machen.

Die Pläne und Beschreibungen können während der Einwendungsfrist beim Landratsamt, Eisenbahnstr. 45-47, Zimmer 14, eingesehen werden.

Die Einwendungsfrist ist ausschließend.

Homburg, den 4. Juni 1963.

Der Landrat
Im Auftrag
Geibel

Bekanntmachung

über die Aufhebung des Bahnüberganges in km 34,320 mit Posten 15 der Strecke Saarbrücken – Kaiserslautern und Verbesserung der Einnündung der Bahnstraße an der Straßenüberführung km 33,980 (Homburg-Bruchhof)

Vom 11. Juni 1963.

Die Deutsche Bundesbahn, Bundesbahndirektion Saarbrücken, beabsichtigt die Aufhebung des Bahnüberganges in km 34,320

mit Posten 15 der Strecke Saarbrücken-Kaiserslautern und Verbesserung der Einnündung der Bahnstraße an der Straßenüberführung km 33,980 (Homburg-Bruchhof).

Der derzeitige beschränkte Bahnübergang wird örtlich bedient und von einem Feldweg gekreuzt. Geplant ist der Bau einer Fußwegunterführung in km 34,320 mit Treppenzu- und -abgängen in Ortbeton. Lichte Weite 1,75 m, lichte Höhe 2,20 m. Die Straßenführung an der Straßenüberführung km 33,980 wird auf einen Halbmesser von 12,00 m verbessert. Nach Durchführung vorstehender Maßnahmen wird der Bahnübergang mit dem Posten aufgehoben.

Dieses Vorhaben wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht mit der Aufforderung, etwaige Bedenken oder Einwendungen innerhalb einer Frist von einem Monat, vom Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt des Saarlandes an gerechnet, beim Landratsamt Homburg, Eisenbahnstraße 45-47, Zimmer 14, schriftlich in zweifacher Ausfertigung einzureichen oder zu Protokoll zu erklären. Die Pläne und Beschreibungen liegen während der Einwendungsfrist bei vorgenannter Dienststelle zu jedermanns Einsicht offen.

Die Einwendungsfrist ist ausschließend.

Homburg, den 11. Juni 1963.

Der Landrat
Im Auftrag
Geibel

Amtsblatt Nr. 34/63, Seite 328

III. Amtliche Bekanntmachungen

1/611 Baupolizeiverordnung zur Änderung der Baupolizeiverordnung für das Gelände an dem Schlaufenglan – Berzberg in St. Wendel

Auf Grund des Polizeiverwaltungsgesetzes (PVG) vom 1. Juni 1931 (GS. S. 77) und der §§ 14 bis 16 des Gesetzes Nr. 471 – Baugesetz (BauG) – vom 19. Juli 1955 (Amtsbl. S. 1159 ff.), ferner der §§ 98 (2) und 97 (12) des Baugesetzes, wird nach Anhörung des Stadtrates der Stadt St. Wendel mit Genehmigung des Ministers für Öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau die im Amtsblatt des Saarlandes Nr. 20 vom 14. April 1961, Seite 201/203 veröffentlichte „Baupolizeiverordnung für das Gelände Schlaufenglan – Berzberg in St. Wendel“ wie folgt geändert:

§ 1

§ 9 (2) erhält folgende Fassung:

„Die Einfriedigung der Grundstücke gegen die Straßenfläche ist tal- und bergseits wie folgt auszuführen:
Durch eine niedere Einfassung aus senkrecht gestellten Betonplatten (Randbefestigung) oder durch Errichtung einer Mauer in Natursteinen oder in Waschbeton bis zu einer maximalen Höhe von 0,50 m. Außerdem ist je nach Lage eine 0,80 m hohe Hecke hinter der Mauer gestattet.“

§ 2

Vorstehende Baupolizeiverordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung im Amtsblatt des Saarlandes in Kraft.

St. Wendel, den 30. Mai 1963.

Der Bürgermeister der Stadt St. Wendel
als Ortspolizeibehörde:
Gräff

2/632 Baupolizeiverordnung – für das Gelände „Unterste Lehmkaul“ in der Gemeinde Schaffhausen

Auf Grund des Polizeiverwaltungsgesetzes (PVG) vom 1. Juni 1931 (GS. S. 77) und der §§ 14, 15 und 16 (1) des Gesetzes Nr. 471 – Baugesetz (BauG) – vom 19. Juli 1955 (Amtsbl. S. 1159 ff.), ferner der §§ 98 (2) und 97 (12) Baugesetz wird nach Anhörung des Gemeinderates Schaffhausen mit Genehmigung des Ministers für Öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau für das unten näher bezeichnete Gebiet folgende Baupolizeiverordnung erlassen:

§ 1

Örtlicher Geltungsbereich

Die Grenzen des unter diese Verordnung fallenden örtlichen Geltungsbereiches sind folgende:

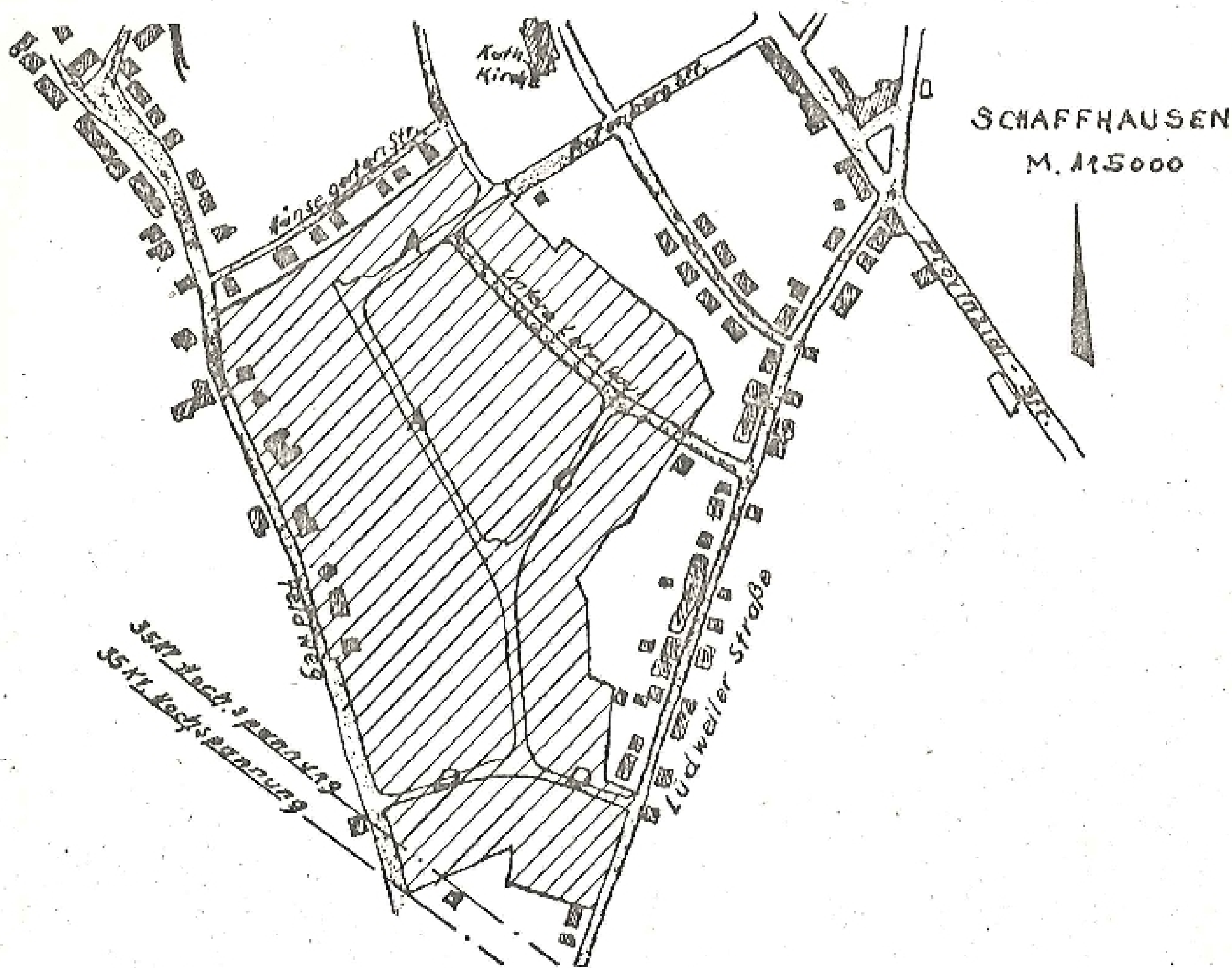
Im Norden: Die nördlichen Parzellengrenzen der Grundstücke auf der Nordseite der Straße „Unterste Lehmkaul“.

Im Osten: Die westlichen Parzellengrenzen der Grundstücke auf der Westseite der Ludweilerstraße.

Im Süden: Die nördlichen Parzellengrenzen der Parzellen 558/103 und 168/30, Flur 6, Gemarkung Schaffhausen, und die Nordseite der Feldstraße.

Im Westen: Eine östliche parallele Linie im Abstand von 25,00 m zur Hänsegartenstraße.

Straßenskizze:



§ 2

Gestaltung der Hauptgebäude

- (1) Geschöshöhen: In den Wohngeschossen max. 2,80 m, in den Geschäftshäusern im Erdgeschoß max. 3,25 m.
- (2) Dachform: Es sind nur Satteldächer zugelassen.
- (3) Dachneigung: Bei eingeschossiger Bauweise 40°, bei zweigeschossiger Bauweise 33°.
- (4) Kniestock: Bei zweigeschossiger Bebauung ist kein Kniestock zugelassen.
- (5) Dachaufbauten: Bei Doppelhäusern sind die Dachaufbauten einheitlich zu gestalten.
- (6) Gestaltung der Doppelhäuser: Doppelhäuser müssen die gleiche Gebäudetiefe, Trauf- und Firsthöhe erhalten und in der äußeren Erscheinung eine Einheit bilden.

§ 3

Gestaltung der Garagen

Die an einer gemeinsamen Grenze zu errichtenden Garagen sind einheitlich zu gestalten.

§ 4

Gestaltung der Einfriedigung

- (1) Zwischen Straßengrenze und vorderer Gebäudeflucht gleichlaufend mit der Straße:
Durch eine niedere Einfassung aus senkrecht gestellten Beton-

platten, die den Bürgersteig um ca. 0,10 m überragen, und eine 0,80 m hohe Hecke.

- (2) An den seitlichen Grundstücksgrenzen zwischen vorderer Gebäudeflucht und der Straßengrenze durch eine 0,80 m hohe Hecke.

§ 5

Zwangsmittel

Für jeden Fall der Nichtbefolgung dieser Baupolizeiverordnung wird die Festsetzung eines Zwangsgeldes bis zu 125,- DM, im Nichtbeitreibungsfalle die Festsetzung einer Zwangshaft bis zu 3 Wochen angedroht. Daneben bleibt der Landrat als Kreispolizeibehörde befugt, die Herstellung vorschriftsmäßiger Zustände auf Kosten des Zuwiderhandelnden herbeizuführen.

§ 6

Inkrafttreten

- (1) Vorstehende Baupolizeiverordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung im Amtsblatt des Saarlandes in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die im Amtsblatt 1954, Seite 1214, veröffentlichte, gleichgenannte Baupolizeiverordnung insoweit außer Kraft, als sie mit dieser Baupolizeiverordnung in Widerspruch steht.

Wadgassen, den 5. Juni 1963.

Der Amtsvorsteher
als Ortspolizeibehörde
Becker